



## Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Konferenz der Kantonsregierungen  
Haus der Kantone  
Speichergasse 6  
Postfach 444  
3000 Bern 7

### **Erneuerung Rahmenvereinbarung E-Government Schweiz; Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 1. Juli 2011 erfragen Sie die Haltung der Kantone zum vorliegenden Entwurf der revidierten Rahmenvereinbarung E-Government Schweiz.

Der Regierungsrat des Kantons Uri beurteilt die geänderte Rahmenvereinbarung im Grundsatz positiv. Die vorgesehene hälftige Mitbeteiligung der Kantone an den Kosten von E-Government Schweiz und den ausdrücklichen Einbezug der Gemeinden lehnen wir jedoch ab.

Gerne beantworten wird die von Ihnen gestellten Fragen wie folgt:

1. *Sind Sie mit der Erneuerung der Rahmenvereinbarung um weitere vier Jahre (2012 bis 2016) einverstanden (Art. 1)?*

Grundsätzlich ja. Wir begrüssen die Erneuerung der Rahmenvereinbarung auf weitere vier Jahre und die Stossrichtung zu mehr Verbindlichkeit. Die nationale E-Government-Strategie aus dem Jahr 2007 hat die Sensibilisierung für die Modernisierung der staatli-

chen Geschäftsprozesse deutlich verstärkt. Mit einem neu zu schaffenden Aktionsplan will der Bund ein Instrument schaffen, das den Fokus auf fünf bis acht priorisierte Vorhaben legt, die speziell unterstützt und begleitet werden sollen. Unklar ist, wie der Aktionsplan als Instrument gepflegt wird, nach welchen Schwerpunkten und Kriterien die Projekte berücksichtigt werden. Es ist auch nicht erkennbar, welche Vorhaben und Massnahmen ab 2012 konkret eingeplant sind.

2. *Unterstützen Sie die angestrebte Stärkung der E-Government-Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen (Art. 2 bis 4)?*

Ja. Vorbehalte haben wir bezüglich des Einbezugs der Gemeinden. Gemäss Entwurf der Rahmenvereinbarung sollen die Kantone neu die Aufgabe übernehmen, ihre Gemeinden verstärkt in die Umsetzung von E-Government einzubinden. Die kantonalen E-Government-Strategien sollen gemeinsam mit den Gemeinden entwickelt und umgesetzt werden. Angesichts des hohen Grads an Gemeindeautonomie und der bezüglich Grösse und Professionalität heterogenen Gemeindelandschaft greift diese Formulierung für uns zu weit. Das Engagement der Gemeinden soll, wie bis anhin, freiwillig und projektorientiert erfolgen.

3. *Erachten Sie die vorgeschlagenen Aufgaben, Kompetenzen und Organisation des politischen Steuerungs Ausschusses als zweckmässig (Art. 7 bis 9)?*

Die vorgeschlagenen Aufgaben, Kompetenzen und die Organisation des politischen Steuerungs Ausschusses erscheinen uns zweckmässig.

4. *Sind Sie mit der gemeinsamen Finanzierung durch Bund und Kantone der Geschäftsstelle und der Vorhaben im Aktionsplan einverstanden (Art. 14 bis 15)?*

Bisher hat der Bund die Kosten für die E-Government-Strategie Schweiz getragen. Der Aktionsplan und die Geschäftsstelle sollen neu je zur Hälfte vom Bund und von den Kantonen finanziert werden. Es wird mit Kosten von 4,2 Mio. Franken gerechnet. Je nach gewähltem Verteilschlüssel würde dies für Uri einen Anteil zwischen 10'000 und 50'000 Franken pro Jahr ergeben. Diesen Vorschlag lehnen wir ab, weil den Kantonen schon aufgrund der Umsetzung der verschiedenen Projekte beträchtliche Kosten entstehen. Insbesondere die Finanzierung der Geschäftsstelle soll nicht durch die Kantone erfolgen. Es ist auf diese Mitfinanzierung zu verzichten.

5. *Haben Sie weitere Bemerkungen zum Entwurf der revidierten Rahmenvereinbarung?*

Seit über sechs Jahren existiert die Fachgruppe E-Government (FG E-Gov) der Schweizerischen Staatsschreiberkonferenz (ehemals E-Gov-Monday). Diese Gruppe, in der alle Kantone vertreten sind, dient als wichtige Plattform für den Informationsaustausch und die Meinungsbildung für E-Government in der Schweiz. Dieses nicht nur für die Kantone wichtige Gremium wird im Entwurf der neuen Rahmenvereinbarung praktisch nicht erwähnt. Aus unserer Sicht wäre es begrüssenswert, wenn dieses organisch gewachsene und wertvolle Forum der Kantone in der Rahmenvereinbarung explizit erwähnt würde.

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, wir danken Ihnen für die Gelegenheit, Stellung nehmen zu dürfen und grüssen Sie freundlich.

Altdorf, 26. August 2011



Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

Der Kanzleidirektor

  
Markus Züst

  
Roman Balli